



Sachbearbeitung ZS/Finanzen/Beteiligungsverwaltung
Datum 30.04.2008
Geschäftszeichen ZS/F
Beschlussorgan Hauptausschuss Sitzung am 27.05.2008 TOP
Behandlung öffentlich GD 184/08

Betreff: Jahresrechnung 2007 der Stadt Ulm

Anlagen: Finanzkennzahlen (Anlage 1)
Jahresrechnung 2007 (Anlage 2)

Antrag:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Vom Bericht über die Jahresrechnung der Stadt Ulm für das Haushaltsjahr 2007 wird Kenntnis genommen.
2. Die Budgetergebnisse der Fach-/Bereiche werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Abwicklung der Budgetergebnisse nach Ziff. 2.3 der Sachdarstellung wird genehmigt.
3. Die Ausgabenansätze der in der Anlage 7 der Jahresrechnung aufgeführten Haushaltsstellen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts werden für übertragbar erklärt.
4. Der Leistung von über- und außerplanmäßigen Zahlungen bei den Haushaltsstellen:

1.2110.5910.000	Schulbudget Grundschulen	164.404 €
1.2300.5910.000/ 1.2300.5920.000 1.7730	Schulbudget Gymnasien Bewirtschaftungskosten Gebäude	115.519 € 228.000 €
2.9100.9110.00-900	Zuführung an das Stiftungsvermögen der Hospitalstiftung	161.720 €

wird zugestimmt.

Häußler Roland

Genehmigt: BM 1.OB	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
_____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

1. Zusammenfassende Darstellung des Jahresabschlusses 2007

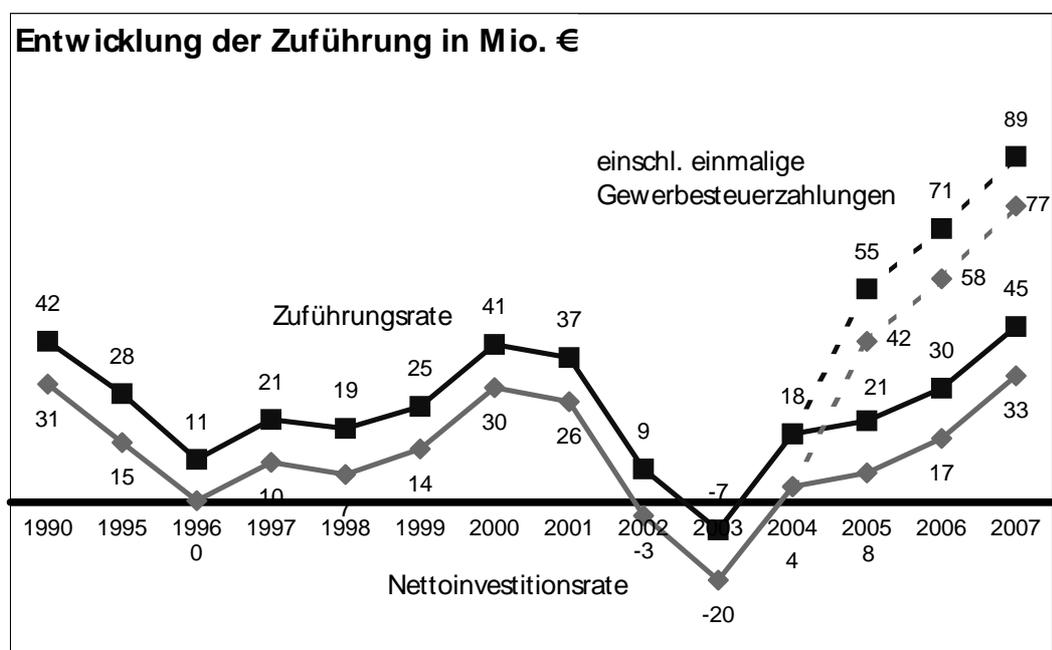
Die Verwaltung hat die Jahresrechnung der Stadt Ulm für das Haushaltsjahr 2007 innerhalb der gesetzlichen Frist (sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres) aufgestellt.

1.1 Die Entwicklung des Haushalts der Stadt Ulm im Jahr 2007

Zusammengefasst stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Die florierende Wirtschaft führt auch in Ulm dazu, dass die Steuereinnahmen steigen, insbesondere die Einnahmen aus einmaligen Zahlungen bei der Gewerbesteuer, wie schon in den Jahren 2005 und 2006.

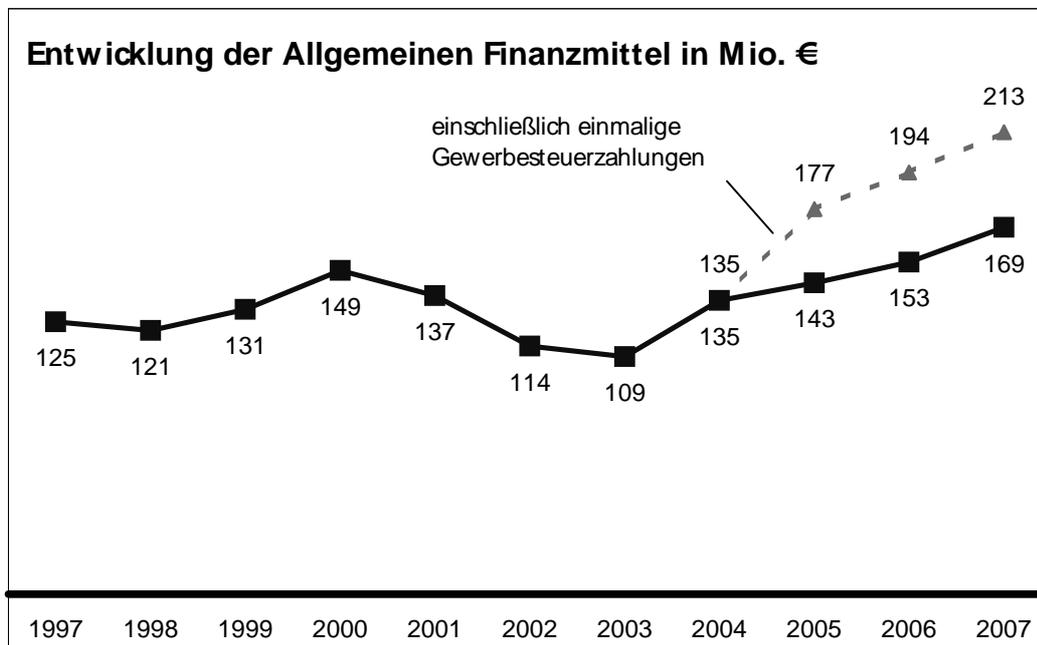
Diese Entwicklung spiegelt sich in der Ertragskraft des Verwaltungshaushalts (Zuführungsrate) wieder:



Der Verwaltungshaushalt hat dem Vermögenshaushalt in 2007 89,5 Mio. € zugeführt, davon 44 Mio. € (netto) aus einmaligen Gewerbesteuerzahlungen.

Die erfreuliche Entwicklung hat verschiedene Gründe:

1. Die **Allgemeinen Finanzmittel** (Steuern, Finanzaufweisungen, Zinsen) haben sich insbesondere wegen der positiven Gewerbesteuerentwicklung erhöht:



Die Allgemeinen Finanzmitteln enthalten auch 26 Mio. € Zuführung aus dem Vermögenshaushalt aus einer Rücklagenentnahme zum Ausgleich der Finanzausgleichsbelastungen aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen 2005.

Die einmaligen Gewerbesteuererinnahmen 2007 in Höhe von 44 Mio. € (netto) wurden zur Schuldentilgung (10 Mio. €) und zur Rücklagenbildung für die Belastungen im Finanzausgleich 2009 (34 Mio. €) verwendet.

2. Die vom Gemeinderat beschlossenen und umgesetzten **Konsolidierungsmaßnahmen** haben den Haushalt auch 2007 wesentlich entlastet:

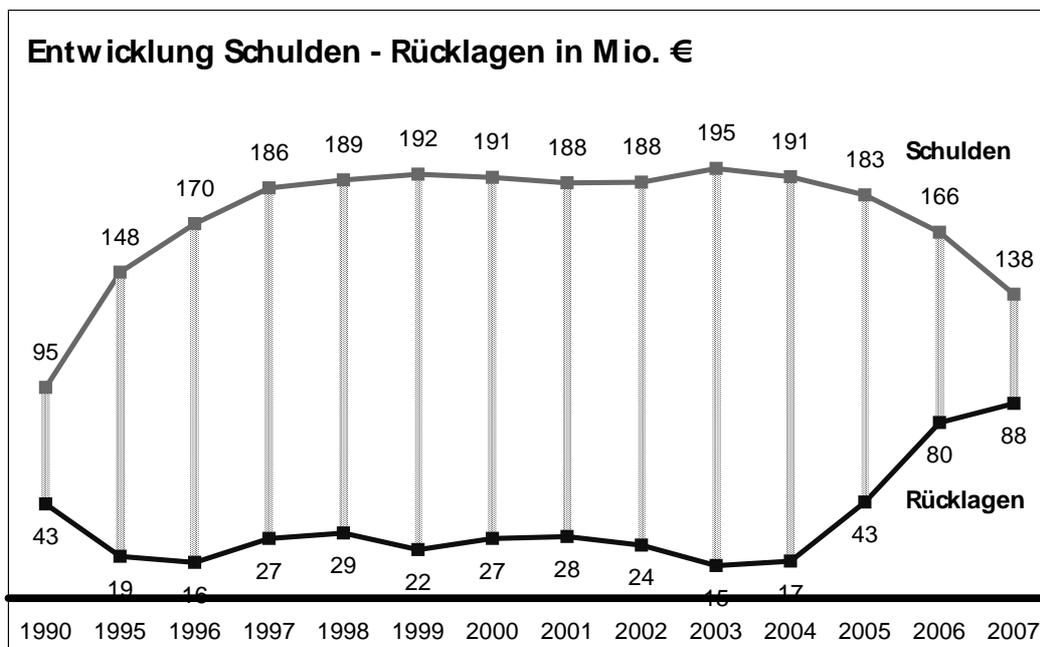
Budgetkürzungen Verwaltungshaushalt:	14,4 Mio. €
Konsolidierung Beteiligungen:	2,2 Mio. €
Summe Konsolidierung 2007	16,6 Mio. €

Die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt wurde wie folgt verwendet:

Finanzierung Investitionen	27 Mio. €
Zuführung Rücklagen	35 Mio. €
Abbau Verschuldung	28 Mio. €
Summe Zuführung	90 Mio. €

Die **Schulden** konnten im Haushaltsjahr 2007 um rd. 28 Mio. Euro abgebaut werden. Damit wurden wiederum einmalige (Gewerbe)-Steuereinnahmen – wie vom Gemeinderat als **finanzpolitisches Ziel** beschlossen – der Schuldenreduzierung zugeführt.

Der **Rücklage** wurden in 2007 26 Mio. € zum Ausgleich der Belastungen durch den Finanzausgleich aufgrund der einmaligen Gewerbesteuererinnahmen 2005 entnommen, und gleichzeitig 34 Mio. € zum Ausgleich der Belastungen durch den Finanzausgleich 2009 aufgrund der einmaligen Gewerbesteuererinnahmen 2007 zugeführt.



Außergewöhnlich hohe Gewerbesteuererinnahmen haben es ermöglicht, die Schulden der Stadt Ulm in den letzten Jahren auf 138 Mio. € zurückzuführen.

Durch den Abbau von Schulden gewinnt die Stadt zunehmend wieder Handlungsspielräume. Dies ist auch notwendig, denn große Investitionsprojekte, die Fortentwicklung der Bildungsoffensive, der Ausbau der Kinderbetreuung und vieles mehr stellt an die Finanzpolitik künftig hohe Anforderungen. Es gilt daher, den eingeschlagenen Weg der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung einschließlich des Abbaus der Verschuldung konsequent fortzusetzen.

1.2 Wesentliche Änderungen zum Plan

1.2.1 Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt

Haushaltsplan 2007:	79,1 Mio. €
Ergebnis 2007:	89,5 Mio. €
Verbesserung	+ 10,4 Mio. €

Davon:

Allgemeine Finanzmittel (Bericht im Hauptausschuss vom 31.01.2008, GD 11/08)	+ 8,6 Mio. €
Verbesserung Sozial- und Jugendhilfe gegenüber Plan	+ 1,4 Mio. €
Sonstiges	+ 0,4 Mio. €
Verbesserung	+ 10,4 Mio. €

1.2.2 Wesentliche Änderungen im Vermögenshaushalt (ohne Hospitalstiftung)

Einnahmen

Einnahmen aus Grundstücksgeschäften	- 0,8 Mio. €
Investitionszuschüsse	- 1,1 Mio. €
Sonstiges	+ 0,2 Mio. €
Summe	- 1,7 Mio. €

Ausgaben

Erwerb von Beteiligungen / Kapitaleinzulagen	- 0,9 Mio. €
Baumaßnahmen	- 2,5 Mio. €
Vermögenserwerb, Investitionszuschüsse, Sonstiges	+ 0,8 Mio. €
Summe	- 2,6 Mio. €

Verbesserung Vermögenshaushalt + 0,9 Mio. €

1.2.3 Verwendungen der Verbesserungen Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt

Verbesserungen Verwaltungshaushalt:	10,4 Mio. €
Verbesserungen Vermögenshaushalt:	0,9 Mio. €
Summe Verbesserungen:	11,3 Mio. €

Verwendung:

Zuführung an freie Rücklagen	0,2 Mio. €
Keine Rücklagenentnahmen (WIP und Verkehrsentwicklung):	4,2 Mio. €
Reduzierung Schulden:	6,9 Mio. €
(damit insgesamt 28 Mio. € weniger Schulden)	
Summe Verwendung:	11,3 Mio. €

1.3 Entwicklung der Schulden

Stand	31.12.2006 :	165,8 Mio. €
Stand	31.12.2007 :	137,7 Mio. €
Reduzierung		- 28,1 Mio. €

1.4 Entwicklung der Allgemeinen Rücklage

	31.12.2006 in T€	+/- in T€	31.12.2007 in T€
Zweckgebundene Rücklagen			
▪ Kunst am Bau	118,5	+ 10,2	128,8
▪ Parkbauten	556,3	+ 125,3	681,5
▪ Ulmer Wachstums- und Impuls- programm (WIP)	6000,0	-	6.000,0
▪ Verkehrsentwicklung	8.125,1	-	8.125,1
▪ FAG 2007	26.000,0	- 26.000,0	0,0
▪ FAG 2008	33.000,0	-	33.000,0
▪ FAG 2009	0,0	+ 34.000,0	34.000,0
Summe zweckgeb. Rücklagen	73.799,9	+ 8.135,5	81.935,4
Mindestrücklage	5.303,0	+ 216,3	5.519,4
Freie Rücklage	514,1	+ 12,6	526,7
Gesamtsumme Rücklagen	79.617,1	+ 8.364,4	87.981,5
Verwendung:			
Entnahmen 2008:	Verkehrsentwicklung		3,0 Mio. €
	Finanzausgleich 2008		33,0 Mio. €
			<u>36,0 Mio. €</u>
Entnahmen 2009:	WIP		3,0 Mio. €
	Verkehrsentwicklung		4,5 Mio. €
	Finanzausgleich 2009		34,0 Mio. €
			<u>41,5 Mio. €</u>
Summe Verwendung 2008/2009			77,5 Mio. €

2. Jahresergebnis der Fach-/Bereiche

2.1 Sonderabschlüsse der Fach-/Bereiche

Die Fach-/Bereiche tragen die Verantwortung für ihr Budget. Diese Verantwortung begrenzt sich nicht nur auf die Haushaltsplanaufstellung und den ordnungsgemäßen Haushaltsvollzug. Sie sind insbesondere für die Einhaltung der im Rahmen des Haushaltsplans festgesetzten Budgetvorgaben verantwortlich. Für den notwendigen Planvergleich wird in Ergänzung zur Jahresrechnung für jedes Fachbereichsbudget ein gesonderter Abschluss erstellt (vgl. Ziff. 2.2.3 und Anlage 2 Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung).

2.2 Ergebnisübertragung der Fach-/Bereiche

Wichtig für das Funktionieren der Budgetierung ist die Schaffung eines „Anreiz- und Sanktionssystems“ im Fach-/Bereich. Ein Anreiz wird dadurch geschaffen, dass beim Budgetabschluss Verbesserungen gegenüber der Planung teilweise belassen werden. Andererseits müssen gegenüber der Planung eingetretene (und vom Fach-/Bereich zu vertretende) Verschlechterungen im nächsten Jahr zusätzlich erwirtschaftet werden. Blicke es nämlich im Falle von Ergebnisabweichungen bei der Budgetvorgabe, gäbe es für den Fach-/Bereich und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein Eigeninteresse an der Verbesserung des geplanten Betriebsergebnisses. Dauerhafte finanzielle Verbesserungen in den Fach-/Bereichen müssen aber stets auch zur Entlastung des Gesamthaushalts beitragen, das heißt der Haushaltsausgleich muss gelingen. Den einzelnen Fach-/Bereichen wurden pauschal 50 v.H. der bereinigten Fach-/Bereichsergebnisse nach 2008 übertragen:

a) Fach-/Bereiche	2007	nachrichtlich 2006	2005
	T€	T€	T€
Bereich Oberbürgermeister	0	30	28
Bereich Zentrale Steuerung	47	51	45
Bereich Zentrale Dienste	¹⁾ 439	581	513
Bereich Bürgerdienste	122	114	73
Fachbereich Kultur	2	-108	-120
Fachbereich Bildung und Soziales	61	35	-1
Fachbereich Stadtentwickl., Bau u. Umwelt	44	0	-136
Summe	715	703	402

1) Einschließlich Reduzierung um 250.000 € wie im Haushaltsplan veranschlagt. Die Überschüsse bis 2006 in Höhe von 330.000 € werden zur Abdeckung von zukünftigen Belastungen aus der Altersteilzeit verwendet.

b) Sonderbudgets

Schulen (einschl. Vermögenshaushalt)	887	1.035	1.123
Gutschrift vorabdot. Sozial- u. Jugendhilfe	166	210	281
Museum	-13	-25	-42
Stadthaus	-622	146	132
Ulmer Theater	204	-285	-241
Musikschule	254	147	106
Stadtbibliothek	92	98	63
Summe Sonderbudgets	968	1.326	1.422

Das Verfahren der Budgetierung ist im Vierten Arbeitspapier vom Oktober 2006 (GD 342/06) geregelt.

In den Fach-/Bereichsausschüssen wird über die Budgetergebnisse berichtet.

2.3 Abwicklung von Budgetbereinigungen und Budgetdefiziten

Beim Budgetabschluss werden insbesondere für über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellte Mittel oder für Abweichungen, die nicht dem Fach-/Bereichsbudget zuzurechnen sind, bzw. für nicht planbare Abweichungen, Bereinigungen vorgenommen. Die Bereinigungen sind – soweit es sich um Budgetgutschriften und damit über-/außerplanmäßige Deckungsmittel aus den Allgemeinen Finanzmitteln handelt – entsprechend den Zuständigkeitsregelungen vom Gemeinderat zu genehmigen.

Sofern bei der Abrechnung der Fach-/Bereichsbudgets Budgetdefizite auftreten, sind diese mit der Überschreitung eines Deckungskreises gleichzusetzen und ggf. vom Gemeinderat als überplanmäßige Ausgabe zu genehmigen.

Die Planansätze für Reinigung und Energie wurden im Haushaltsplan 2007 wegen der Neuorganisation der Reinigung bzw. den Energiekostensteigerungen flächendeckend angepasst. Im Ergebnis kommt es hier zu teilweise erheblichen Abweichungen. Die Planabweichungen wurden deshalb flächendeckend neutralisiert.

Bereich Oberbürgermeister

Es wurden keine zu genehmigenden Bereinigungen vorgenommen. Der Abschluss weist ein Defizit von 61.000 € aus, das mit Budgetüberschüssen aus Vorjahren abgedeckt wird. Das Defizit ist als überplanmäßige Ausgabe zu genehmigen (vgl. Anlage 2 der Jahresrechnung).

Bereich Zentrale Steuerung

Es wurden keine zu genehmigenden Bereinigungen vorgenommen. Der Abschluss weist ein Defizit von 9.000 € aus, das mit Budgetüberschüssen aus Vorjahren abgedeckt wird (vgl. Anlage 2 Jahresrechnung).

Bereich Zentrale Dienste

Es wurden keine zu genehmigenden Bereinigungen vorgenommen. Der Abschluss weist einen Budgetüberschuss von 217.000 € aus.

Bereich Bürgerdienste

Das Budget wurde wie folgt bereinigt:

Gutschrift

Mehrausgaben für Pässe	71.000
------------------------	--------

Belastungen

Mehreinnahmen / Wenigerausgaben Ordnungswidrigkeiten, Bußgelder	293.000
---	---------

Mehreinnahmen / Wenigerausgaben Städt. Veterinäramt	278.000
---	---------

Summe Belastungen	571.000
--------------------------	----------------

Saldo = Belastung	500.000
--------------------------	----------------

Die Gutschrift ist zu genehmigen. Der Abschluss weist einen Budgetüberschuss von 22.000 € aus (vgl. Anlage 2 Jahresrechnung).

Fachbereich Kultur

Es wurden keine zu genehmigenden Bereinigungen vorgenommen. Der Abschluss weist einen Budgetüberschuss von 3.000 € aus.

Fachbereich Bildung und Soziales

Das Budget wurde wie folgt bereinigt:

Gutschriften

Wenigereinnahmen/-ausgaben Atlantis, Eislaufanlage, Donaabad	109.000
Anpassung Reinigungs-, Energiekosten, Tarifänderungen Hausmeister	288.000
Für Umsatzsteuererhöhung zum 01.01.2007	60.000
Summe Belastungen	457.000

Belastungen

Wenigereinnahmen/-ausgaben Unterbringung von Flüchtlingen (FlüAG)	121.000
Wenigerausgaben Landeskinderturnfest	70.000
Summe Belastungen	191.000

Saldo = Gutschrift **266.000**

Die Gutschriften sind zu genehmigen. Der Abschluss weist einen Budgetüberschuss von 72.000 € aus (vgl. Anlage 2 Jahresrechnung). Aus dem Projekt Bildungsmesse verbleibt ein Überschuss von 12.000 €, der ins Folgejahr übertragen wird. Aus der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe werden 166.000 € übertragen; über die Verwendung dieser Mittel ist jeweils ein Kontrakt zu schließen (vgl. Anlage 2 Jahresrechnung).

Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Das Budget wurde wie folgt bereinigt:

Gutschriften

Wenigereinnahmen Vermessungsgebühren (nicht beeinflussbare Fallzahlen)	235.000
Wenigereinnahmen Bestattungsgebühren unter Berücks. der Wenigerausg.	138.000
Pauschale Gutschrift für Umsatzsteuererhöhung zum 01.01.2007	150.000
Summe Gutschriften	523.000

Belastungen

Mehreinnahmen Miete Gebäudemanagement	88.000
Wenigerausgaben Straßenentwässerung	317.000
Summe Belastungen	405.000

Saldo = Gutschrift **118.000**

Die Gutschriften sind zu genehmigen. Der Abschluss weist einen Budgetüberschuss von 88.000 € aus (vgl. Anlage 2 Jahresrechnung).

3. Haushaltsreste

3.1 Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt 2007 waren für Unterhaltsmaßnahmen und Projekte Mittel veranschlagt, die aus verschiedenen Gründen nicht abfließen konnten.

Um eine erneute Veranschlagung im Jahr 2008 zu vermeiden, schlägt die Verwaltung vor, diese Mittel als Haushaltsausgabereste in das Jahr 2008 zu übertragen. Zusätzlich wurden Reste im Rahmen der Budgetabschlüsse und für Rückstellungen (Steuern, Gewerbesteuerumlage) übertragen. Die entsprechenden Positionen sind in Anlage 7 der Jahresrechnung aufgeführt.

3.2 Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt 2007 waren ebenfalls Mittel veranschlagt, die aus verschiedenen Gründen nicht abgeflossen sind. Die Verwaltung schlägt vor, diese Mittel (vgl. Anlage 7 der Jahresrechnung) in das Jahr 2008 zu übertragen.

4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

4.1 Schulbudget Grundschulen (1.2110.5910.000) und Gymnasien (1.2300.5910.000 / 1.2300.5920.000)

Die Schuletats im Rahmen der sog. Teilbudgetierung umfassen Haushaltsstellen des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts.

Überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt, die aus dem Vermögenshaushalt gedeckt werden, sind im Einzelfall entsprechend der Zuständigkeitsordnung zu genehmigen. Eine automatische Deckung durch einen Deckungsring oder die Bildung eines Budgets ist gesetzlich nicht zulässig. 2007 werden bei den Grundschulen 164.404 € und bei den Gymnasien 115.519 € aus dem Vermögenshaushalt in Anspruch genommen. Die überplanmäßigen Mittel im Verwaltungshaushalt sind entsprechend zu genehmigen.

4.2 Bewirtschaftungskosten Gebäude (1.7730)

Bei den vom Zentralen Gebäudemanagement (GM) bewirtschafteten Gebäudekosten sind folgende Mehr-/Wenigerausgaben angefallen:

Personalausgaben Hausmeister / Reinigungskräfte	+ 178.700 €
Energie-/Heizkosten	- 303.400 €
Reinigungskosten (Sachausgaben)	+ 360.300 €
Sonstige Abweichungen (im Einzelfall unter 60 T€)	- 7.600 €

Mehrausgaben gesamt	228.000 €

Die Mehrausgaben bei den Personalkosten beruhen im Wesentlichen auf tariflichen bzw. EU-rechtlichen Änderungen zur Arbeitszeit und daraus entstehenden zusätzlichen Überstunden, sowie der Einschränkung des Einsatzes von gemeinnützig Beschäftigten durch die Arbeitsagentur. Die Mehrausgaben bei den Reinigungskosten sind insbesondere durch Tarifsteigerungen im gewerblichen Bereich, durch eine Nachzahlung für Leistungen 2006, sowie die nicht vollständige Umsetzung der Konsolidierungsvorgabe von 150.000 € entstanden. Die überplanmäßigen Mittel sind zu genehmigen.

4.3 Zuführung an das Stiftungsvermögen der Hospitalstiftung (2.9100.9110.000-0900)

Die Hospitalstiftung hat in 2007 aus Grundstücksgeschäften einen Überschuss von 161.720 € erzielt (vgl. Anlage 5 zum Rechenschaftsbericht), der dem Stiftungskapital zuzuführen ist. Die außerplanmäßige Zuführung an das Stiftungsvermögen ist zu genehmigen.

4.4 Außerordentliche Kredittilgung (2.9100.9772.000-0900)

Im Nachtragshaushaltsplan 2007 wurden außerordentliche Kredittilgungen mit 10.070.000 € veranschlagt. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung konnten überplanmäßig weitere außerordentliche Kredittilgungen mit 5.226.029 € vorgenommen werden. Die überplanmäßigen Mittel sind vom Gemeinderat zu genehmigen (vgl. GD

5. **Prüfung**

Gemäß § 110 Gemeindeordnung ist die Jahresrechnung vom Rechnungsprüfungsamt zu prüfen und nach Erstellung des Schlussberichts dem Gemeinderat zur Feststellung vorzulegen.